

Nach der Volksabstimmung

Das halbe Stimmvolk will seinen Staatssender und den neuen Lehrplan für die Volksschule.

Die Abstimmung ^[1]

Am 4. März legte das Schweizer Stimmvolk seinen Willen in die Urnen. Es kann das nur sehr rudimentär tun; aber es kann es tun, und das ist die Hauptsache. Es ist das einzige Volk auf der Erde, das mehrmals pro Jahr diese Möglichkeit hat. Sie ruft nicht nur Freude und Begeisterung hervor. Es herrsche eine Politikverdrossenheit, wird uns etwa vorgeworfen. Aber hinter diesem Vorwurf steckt oft auch viel Genugtuung aufseiten der „classe politique“ ^[2], denn es gibt die Tendenz, diese Verdrossenheit noch so weit zu steigern, dass das Volk kapituliert und resigniert: „Macht doch, was **ihr** wollt“. Welche Befriedigung das für unsere Mächtigen wäre, können wir uns vorstellen. Das sei eine blosser Behauptung, wird mir etwa vorgeworfen. Es ist eine Behauptung, wenn auch keine blosser.

Ergebnisse

Mich interessieren vor allem zwei Ergebnisse der Abstimmung, zwei Geschäfte, für die ich mich stark gemacht habe, wenn dieser Ausdruck für meine Schwäche überhaupt zutrifft. Die SRG sollte nicht zum Informationsmonopol, und der Lehrplan 21 sollte nicht über die Köpfe der Berner und Zürcher Bevölkerung hinweg eingeführt werden.

Beide Vorlagen wurden deutlich verworfen. Das Stimmvolk, das heisst etwa seine Hälfte, will einen Staatssender, und drei Viertel im Kanton Bern und im Kanton Zürich wollen sich nicht darum kümmern müssen, was und wie ihre Kinder in der Volksschule lernen.

Mir gefallen diese Entscheide überhaupt nicht, und ich werde nun begründen, weshalb das so ist.

Mehrheit bedeutet nicht Richtigkeit

Man muss nicht einmal zum Stänkern neigen, wenn man behauptet, die Mehrheit habe nicht einfach recht und die Minderheit unrecht. Die Mehrheit bestimmt, was getan werden muss, ob es nun richtig oder auch falsch ist. Die Minderheit hat sich zu fügen. Sie muss nicht einmal ihre Meinung ändern.

Abstimmungsergebnisse werden nicht in Stein gemeisselt und sind nicht für alle Ewigkeit festgelegt. Sie zeigen den Weg, den das Stimmvolk gehen will. Der muss nicht einmal in die völlig falsche Richtung zeigen; aber wenn er sich als der falsche herausstellen sollte, dann kann man ihn wieder verlassen und den richtigen – oder besseren – suchen.

Schlimme Tendenzen

Wir Schweizerinnen und Schweizer haben diesen falschen Weg der „schlimmen Tendenzen“ schon längst beschritten. Er wird immer breiter gemacht und ausgebaut – gerade von jener „classe politique“ und vor allem von ihrem „machtversessenen“ Flügel. Er führt zu jener „politikverdrossenen“ Masse. Ihre Merkmale sind:

- Der Staat soll alles regeln.
- Wir zahlen nur noch, wenn nötig, horrenden Steuern.
- Wir kümmern uns nur noch um unsere eigenen kleinen Belange.
- Wir wollen nur gerade das wissen, was wir im Alltag benötigen.
- Wir wollen nicht wissen, was eigentlich in der Welt geschieht, sondern nur noch lernen, Apparätchen zu bedienen.
- Wir wollen unterhalten und abgelenkt werden. „Brot und Spiele“. ^[3]

Auch die „classe politique“ benötigt ihr Weissbrot und ihre Spielchen mit uns.

Brot und Spiele

Ich gehöre auch zu diesem Volke, benötige Brot, weniger die Spiele, anstelle ihrer das, was man besser „Lebenslust“ und „Vergnügen am Dasein“ bezeichnen sollte. Dazu kommt, dass mir meine Mühen, an der Politik mitzuwirken, nichts einbringen ausser einer Menge Aufwand an Zeit und an Nachdenken. Demokratie ist anstrengend und kostspielig. Auf der anderen Seite können jene, die uns dieses „Brot“ und diese „Spiele“ liefern, wie Maden im Specke leben. Nicht alle, aber im Moment sind es sehr viele, und bei einigen hat man den Eindruck, dass die Politik die einzige Möglichkeit für sie ist, dass sie trotz schwerwiegender intellektueller und moralischer Mängel doch noch zu Ansehen, Macht und Einkommen kommen. ^{[4][5]}

Besonders schlimme Tendenz

Das ist der immer stärker spürbare Zwang dieser „classe politique“, die Schweiz in die EU einzubringen. Das jüngste Beispiel ist dieser verheerende Rahmenvertrag. Dazu kann man (etwa ich, aber nicht nur ich) feststellen:

-Es braucht im Moment keinen Vertrag. Es gibt schon zwischen hundert und zweihundert Abkommen zwischen der Schweiz und der EU und anderen europäischen Nationen.

-Es gibt Differenzen wegen des freien Personenverkehrs, und zwar deshalb, weil dem Abkommen zur Personenfreizügigkeit von 2001 eine Einwanderung von höchstens 16'000 pro Jahr zugrunde lag, die sich aber auf das Fünffache vermehrte. Das Abkommen sah ausdrücklich vor, neu verhandelt werden zu können, wenn sich diese Grundlage ändere, was sie eben tat.

-Das fatale Rahmenabkommen allerdings will erreichen, dass es in Zukunft zwischen der EU und der Schweiz überhaupt keine Verträge mehr geben kann.

Mit anderen Worten: Die bestehenden Verträge können nicht mehr verhandelt werden, auch wenn es nötig würde. In Zukunft hat die Schweiz alles kommentarlos zu übernehmen, was die EU vorschreibt. Und wenn wir nicht gehorchen wollen, dann **entscheidet der Europäische Gerichtshof in letzter Instanz**. Man kann sich ausrechnen, zu wessen Gunsten.

Eigentlich komisch

Eigentlich wundere ich mich darüber, dass diese machtgierige „classe politique“ sich anscheinend noch Mächtigeren unterwerfen will. Ich versuche mal, das Rätsel zu lösen:

- Die Mächtigen der Schweiz stören sich empfindlich an der Tatsache, dass sie immer und immer wieder das Volk befragen müssen. An sich würden sie am liebsten alleine regieren. Sie halten sich selbst dazu für äusserst fähig; deshalb hat man sie ja auch gewählt! ^[9]

- Die Mächtigen haben ein schon krankhaft zu nennendes Bedürfnis, sich noch Mächtigeren zu unterwerfen. Ohne diese Macht-Pyramide scheint es ihnen nicht wohl zu sein. Sie wollen bewundern, aber selbst auch bewundert werden. Sie wollen unbedingt niederknien, aber auch, dass vor ihnen gekniet wird.

- Schliesslich denkt sich jede und jeder, er könne auch bis an die Spitze vordringen. In unserer Schweiz, in der es sie nicht gibt, in der die Macht verteilt und diese „Spitze“ sehr flach, ein flacher Hügel ist, haben Ehrgeiz und Geltungssucht weniger fruchtbaren Boden. Bei uns gibt es keine Exzellenzen ^[10], keine roten Teppiche, keine Orden – für manche Schweizer anscheinend eine qualvolle Lage.

Noch komischer

ist die Vorstellung, auch von jungen Akademikerinnen und Akademikern, die Europäische Union sei ein modernes Staatswesen. Ich sehe in ihr das Gegenteil, einen Rückfall ins Mittelalter, in dem Grossmächte ohne jede demokratischen Elemente das Leben der Menschen bestimmten. Ich betrachte sie, die EU, als eine Bank oder als eine Art Amtsstelle, eine Druckerei, die unablässig Gesetze und Verordnungen produziert, mit der sich aber niemand identifizieren kann. Sie ist keine Nation, kein Land, keine Heimat, niemand spricht oder denkt EUisch.

Sie war als Friedenswerk gedacht, bringt aber nur Zwist und Hader. Sie ist eine Art neues Römisches Reich deutscher Nation. ^[6]

Nur ein Europa der **direkt-demokratischen Vaterländer** wird friedlich sein. Demokratien haben kaum Lust, Zeit oder Mittel, sich mit anderen Ländern kriegerisch anzulegen. Sie haben in ihren eigenen Grenzen genug damit zu tun, dass ihre Bewohner ein einigermaßen gutes Leben führen können.

Lehrplan 21

Zürich und Bern wollen ihn in diesem August einführen. Fachleute, etwa Judith Barben ^[7], bemerken diese schlimme Tendenz auch, diesen schleichenden Versuch, das Volk zu entmündigen. Es, dieses Volk, will sich nicht darum kümmern, was in seiner Schule, der Volksschule, geschieht. Es überlässt es den „Fachleuten“. Man kann feststellen, dass diese „Fachleute“ von den Politikern handverlesen wurden. Also steckt diese Politik dahinter, die aus uns einen Haufen machen will, der nur noch „Brot und Spiele“ braucht.

Wir werden sehen. Ich nehme an, dass es in einem wieder zur Vernunft gekommenen Europa auch wieder vernünftige Lehrpläne geben wird. Wahrscheinlich muss man nur hervorholen, was ohnehin vorhanden ist, aber abgeschafft wird.

Lehrerinnen und Lehrer sagen mir etwa, es werde nicht so schlimm werden, wie man, etwa ich, befürchte. Ich glaube es ihnen. Ich nehme an, dass sie es sind, die, aus lauter Fürsorge für die ihnen zur Unterrichtung Übergebenen, verhindern werden, dass der im Lehrplan 21 festgefrorene Irrsinn ausbricht. ^[8]

SRG

Sie wird nun unser Staatsmedium werden. Wir alle müssen sie finanzieren, obwohl wir, wie etwa ich, sie nicht benötigen, nicht brauchen können, weil sie einseitig berichtet und vieles überhaupt verschweigt, was ihr und ihrer nährenden Mutter nicht behagt.

Ich wundere mich nur über Kommentare. Sie, die SRG, werde sich nun erneuern müssen, sparen müssen, über die Bücher gehen müssen und was weiss ich sonst noch alles tun müssen.

Ich lache mir ein Loch in den Bauch! Sie wird nichts tun! Es wird so weitergehen wie bisher und vermutlich noch schlimmer werden! Eben hat sie glorreich gesiegt. Drei Viertel der Wählerschaft finden sie gut! Weshalb sollte sie sich ändern, wenn sie so beliebt ist! Sie wird die bereits in Angriff genommen Neubauten noch ausweiten. Wahrscheinlich wird sie später auch die Gebühren wieder anheben...

Sie – also Sie – lassen sich vom Arzte untersuchen. Ihr Blut ist prima. Kein Anzeichen für Zucker. Ihr BMI ist sensationell! Ihr Herz so etwas von gesund. Die Lunge prächtig.

Gehen Sie nun nach Hause und ändern Sie Ihre Lebensweise?

Quellen

[1] <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/va/20180304/det617.html>

<https://www.nzz.ch/schweiz/no-billag-bis-lehrplan-21-darueber-wird-am-sonntag-abgestimmt-ld.1361775>

[2] Der Begriff Politische Klasse, erstmals von dem italienischen Politikwissenschaftler Gaetano Mosca formuliert, bezeichnet zum einen allgemein die politische Führungsschicht, zum anderen in kritischer Weise Politiker als selbstverfangene und machtversessene soziale Klasse.

http://de.wikipedia.org/wiki/Classe_politique

[3] Der Ausdruck panem et circenses (...) stammt vom römischen Dichter Juvenal. Er bedeutet „Brot und Zirkusspiele“. Juvenal kritisierte in seiner Satire, dass das römische Volk in der Zeit des Prinzipats, entmachtet von den Kaisern Augustus, unter dem die Wahlen der Magistrate zur bloßen Formalität verkamen, und Tiberius, der sie

völlig dem Volk entzog und dem Senat übertrug, sich nicht mehr für Politik interessiert und nur noch diese beiden Dinge gewünscht habe: Brot und Spiele.

[4] Beispiel 1: Das eidgenössische Parlament ratifizierte das Pariser Abkommen zur Klimarettung. Dabei bestehen grosse und begründete Zweifel daran, dass das CO₂ überhaupt in der Lage ist, Einfluss auf das Wetter zu nehmen.
Beispiel 2: Bundesregierung, Bundesparlament und die Parlamente der Deutschschweiz kümmern sich anscheinend nicht um den Befund der ETH Zürich, dass sich in den Abgasen von Flugzeugen Stoffe befinden, die sie selbst für unsere Gesundheit schädlich hält.

Beispiel 3. Das Bundesparlament hilft mit, die Schweiz immer tiefer in die Abhängigkeit von der EU zu treiben.

Beispiel 4: Auch unser Bundesgericht bewegt sich gelegentlich auf einem schlüpfrigen Pfad: „Leider brach das Bundesgericht 2012 mit der Schubert-Praxis und ist nun der Auffassung, dass die Schweizerische Bundesverfassung im Besonderen und unser Landesrecht im Allgemeinen dem so genannten Völkerrecht generell untergeordnet sei. Mit dieser Haltung steht die Schweiz aber alleine auf weiter Flur. Auch Deutschland übernimmt nicht einfach automatisch alles, was aus Brüssel kommt. Es ist sogar eine der wichtigsten Aufgaben des Verfassungsgerichts, die Wahrung der Souveränität zu garantieren.“ <https://www.svp.ch/news/artikel/editorials/wenn-jemand-die-schweiz-isoliert-dann-das-bundesgericht/>

[5] Ein Mitglied des Bundesparlaments verdient im Jahre mindestens 140'000 Franken. Es kann davon komfortabel leben und braucht keine andere Einkommensquelle. Nun, ich bin nicht neidisch und kann mir sogar vorstellen, dass sich manche eine Menge Arbeit machen. Der Hund liegt anderswo begraben: Diese Leute wissen nicht mehr, wie das Leben „draussen“, „ausserhalb ihrer Ratsstube“ aussieht. Das lernt man nur, wenn man sich auch dort mit ihm beschäftigt, also noch etwas anderes tut ausser parlieren. Deshalb benötigen wir wieder ein Milizparlament. Seine Mitglieder überlassen das Regieren der Regierung und machen das, was ihre eigentliche Aufgabe ist, zum Beispiel die Kontrolle dieser Regierung.

[6] Die EU ist demokratie-feindlich. Ihre Regierung (Kommission) wird nicht gewählt, sondern von den Regierungen der Mitgliedsländer ernannt. Das EU-Parlament ist nur eine Schein-Legislative, denn die Kommission allein hat das Recht, Gesetze zu machen. Das Parlament ist ein Nickerverein.

[7] <http://starkevolksschulesg.ch/neuerscheinung-judith-barben-kinder-im-netz-globaler-konzerne/>

[8] Wer denkt, das sei zu krass formuliert, kann sich die VUP-Zeitung vom Februar anschauen:

http://www.tscheulin-software.com/VUPWeitereZeitungen/feb_2018_1.pdf

[9] Vorschläge oder Versuche, die Hürden für Volksinitiativen höher zu legen – höher für das Volk und damit niedriger für das Parlament. https://www.swissinfo.ch/ger/politik/politische-rechte_brauchen-volksinitiativen-hoehere-huerden-/37370620

Vorschläge, mehr „unnötige“ Initiativen überhaupt nicht zustande kommen zu lassen, wobei nicht feststeht, für wen sie unnötig sind. <https://bazonline.ch/schweiz/standard/Das-Dilemma-der-Volksinitiative/story/26691742>

[10] Brief von EU-Kommissionspräsident Barroso an BR Widmer-Schlumpf. www.vups.ch Zeitung, Weitere Texte, Jg. 2, Nr. 12.